

Musterbekanntmachung für die Zuteilung von zugeordneten Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum

Stand: Juli 2024

Status dieses Dokuments und Haftungsausschluss

Dieses Dokument wird vom Bundesverband Carsharing e.V. (bcs) zur freien Verwendung als Vorlage für die öffentliche Bekanntmachung eines Zuteilungsverfahrens für anbieterspezifisch zugeordnete Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt. Die Zurverfügungstellung stellt keinerlei Empfehlung oder rechtliche Beratung dar. Der bcs kann und darf eine rechtliche Beratung nicht anbieten. Die Verwendung dieser Vorlage kann eine individuelle rechtliche Beratung unter keinen Umständen ersetzen. Der bcs übernimmt keinerlei Haftung für Konsequenzen, die aus der Verwendung dieser Vorlage entstehen.

Hinweise zur Rechtsgrundlage

Diese Vorlage ist gedacht für Zuteilungsverfahren, die sich auf Stellplätze für stationsbasiertes Carsharing im öffentlichen Raum auf Straßen in der Baulast der Kommune oder des Bundeslandes beziehen. Rechtsgrundlage ist hier die jeweilige Regelung im Landesrecht. Für die Umsetzung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum auf Basis von § 5 CsgG sind zum Teil andere Vorgaben und Vorgehensweisen notwendig.

Hinweise zum Verfahrenszuschnitt

Diese Vorlage beschreibt ein möglichst einfaches, leicht durchzuführendes Zuteilungsverfahren. Andere Zuschnitte des Verfahrens sind möglich und unter bestimmten Umständen sinnvoll.

Dieser Vorlage liegt die Annahme zugrunde, dass ein zweistufiges Verfahren durchgeführt wird:

1. Die Gemeinde bestimmt Carsharing-Stellplätze (ggfs. im Rahmen einer Markterkundung zusammen mit den Carsharing-Anbietern)
2. Die Gemeinde verteilt die Carsharing-Stellplätze an interessierte Carsharing-Anbieter

In der Praxis kommt es in einigen Gemeinden vor, dass Carsharing-Anbieter die von ihnen gewünschten Stellplätze selbst bestimmen und dann Anträge auf Sondernutzung stellen. Die Gemeinde genehmigt danach die Anträge der Carsharing-Anbieter. Ein solches Verfahren der Genehmigung auf Antrag ist in dieser Vorlage nicht abgebildet. Eine Vorlage für diesen Verfahrenszuschnitt kann beim bcs angefordert werden.

Voraussetzung für die Möglichkeit einer Genehmigung auf Antrag ist, dass keine Knappheit von Flächen für Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum besteht. Es müssen alle gestellten Anträge der Carsharing-Anbieter auch genehmigt werden. Dem gegenüber geht diese Vorlage davon aus, dass nur eine begrenzte Anzahl von Stellplätzen verteilt wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Verfahren, das dieser Muster-Bekanntmachung zugrunde liegt. Jedem Verfahrensschritt sind die entsprechenden Dokumente der Muster-Bekanntmachung zugeordnet.

Verfahrensschritt	Unterlagen der Muster-Bekanntmachung
Bestimmung der Flächen Ausführender: Gemeinde (Empfehlung: Carsharing-Anbieter machen Vorschläge in einer vorgelagerten Markterkundung)	<ul style="list-style-type: none"> • Standort-Übersichtsplan • Standort-Steckbrief
Bestimmung der Konditionen der Sondernutzung Ausführender: Gemeinde	<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntmachung (Verfahrensbeschreibung) • Öffentlich-rechtlicher Vertrag • Eigenerklärung Zugangsvoraussetzungen
Veröffentlichung der Bekanntmachung Ausführender: Gemeinde	Alle Unterlagen der Muster-Bekanntmachung
Interessenbekundung Ausführender: Carsharing-Anbieter	<ul style="list-style-type: none"> • Auskunftsbogen zum Carsharing-Angebot • Eigenerklärung Zugangsvoraussetzungen • Schriftliche Anmeldung zum Vor-Ort-Termin • Schriftliche Interessenbekundung für Stellplätze • Datenschutzerklärung
Verteilung der Flächen (Vor-Ort-Termin, Durchführung Draw-Verfahren bei Flächenkonkurrenz, Genehmigung der Sondernutzung) Ausführender: Gemeinde	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlich-rechtlicher Vertrag inkl. Anlagen

Hinweis zu vergaberechtlichen Fragen

Diese Vorlage beschreibt nur ein Zuteilungsverfahren für eine Sondernutzung. Durch die Verwendung bestimmter Zugangskriterien zum Verfahren oder bei der Einführung einer Betriebspflicht auf den verteilten Stellplätzen wird das Verfahren eine Konzessionsvergabe. Dadurch können sich zusätzliche Verfahrensanforderungen ergeben, die in dieser Vorlage nicht abgebildet sind. Darauf wird in dieser Vorlage am geeigneten Ort jeweils hingewiesen.

Für eine Konzessionsvergabe sind die jeweiligen Vorgaben zum Verfahren zu beachten: Oberhalb eines Auftragswertes von 5 Mio. Euro muss eine Ausschreibung europaweit erfolgen und es sind die Vorgaben der Europäischen Union zu beachten. Unterhalb des genannten Auftragswertes sind die Vorgaben im Vergaberecht der Bundesländer zu beachten. Maßstab des Vergabewerts ist der geschätzte Umsatz des begünstigten Carsharing-Anbieters auf den ihm zugeteilten Stellplätzen über die Laufzeit der Zuteilung. Für Einzelheiten zu vergaberechtlichen Fragen können Sie den bcs-

Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“ zur Umsetzung des CsgG und der entsprechenden Landesgesetze konsultieren.

Wird ein Zuschuss zum Betrieb des Carsharing-Angebots auf den zugeteilten Stellplätzen gezahlt, liegt immer eine Beschaffung vor und es sind die entsprechenden vergaberechtlichen Vorgaben anzuwenden. Im Sinne des Ziels, ein möglichst einfaches Verfahren zu beschreiben, wird dieser Fall in dieser Vorlage nicht berücksichtigt.

Werden zugleich mit der Stellplatz-Zuteilung Förderprogramme angewendet, so sind die Nebenbestimmungen der Förderung bei der Einrichtung des Zuteilungsverfahrens unbedingt zu beachten. Auch darauf kann in dieser Vorlage nicht eingegangen werden.

Hinweis zu weiterführenden Informationen

Der bcs hat einen Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“ herausgegeben, der alle Rechtsgrundlagen und alle Schritte der Umsetzung ausführlich beschreibt.

Der bcs bietet Kommunen individuelle Beratung zur Umsetzung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum an.

Hinweise zur Verwendung und Bearbeitung der Mustervorlage:

Gelb markiert sind Texte, die durch konkrete Angaben ersetzt werden müssen.

In gelben Kästen sind wichtige Hinweise zur Bearbeitung der Vorlage wiedergegeben. Die Kästen können nach der Bearbeitung gelöscht werden.

In blauen Kästen sind Textergänzungen eingefügt, die dem Normaltext hinzugefügt werden müssen oder Textteile ersetzen, wenn die zu verteilenden Standorte in A- und B-Lagen unterteilt werden und im Zusammenhang damit eine Betriebspflicht für alle Stellplätze ausgesprochen werden soll.

Öffentliche Bekanntmachung eines Auswahlverfahrens für zugeordnete Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum in **Name der Gemeinde**

Inhaltsverzeichnis

1. Angaben zur Kommune und Rückmeldefrist
2. Kurzbeschreibung
3. Beschreibung der Stellplätze
4. Beginn und Dauer der Sondernutzung
5. Sondernutzungsgebühren und Kosten
6. Nebenbestimmungen der Sondernutzungserlaubnis
7. Widerrufsvorbehalt
8. Zugangsvoraussetzungen zum Verfahren
9. Verfahren
10. Hinweis- und Erkundigungspflicht
11. Zeitplan

Verzeichnis der Anlagen

- Standort-Übersichtsplan und Standort-Steckbriefe (Anlage 1)
- Nicht-amtliche Beschilderung zugeordneter Carsharing-Stellplätze auf dem Gebiet der Gemeinde (Anlage 2)
- Muster des öffentlich-rechtlichen Vertrags (Anlage 3)
- Auskunftsbogen zum Carsharing-Angebot (Anlage 4)
- Eigenerklärung über die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen zum Verfahren (Anlage 5)
- Schriftliche Anmeldung zum Vor-Ort-Termin (Anlage 6)
- Schriftliche Interessenbekundung für die zuzuteilenden Stellplätze (Anlage 7)
- Datenschutzerklärung (Anlage 8)

1. Angaben zur Kommune

Namen und Adressen:

Offizielle Bezeichnung der Gemeinde:

Kontaktstelle für das Verfahren: Amt/Referat etc.

Postanschrift:

Land: Deutschland

Telefon:

E-Mail:

Internet-Adresse:

Vorgangszeichen:

Vorgangszeichen/Aktenzeichen

Kommunikation:

Auskünfte erteilt die o.g. Kontaktstelle. Bewerbungen zur Teilnahme am Auswahlverfahren sind ausschließlich per Post an die oben genannte Kontaktstelle unter Nennung des Akten- oder Vorgangszeichens einzureichen.

Ablauf der Rückmeldefrist:

Datum: XX.XX.XXXX, Uhrzeit: XX:XX Uhr

2. Kurzbeschreibung

Art des Verfahrens: Zuteilung von öffentlichen Flächen mittels Sondernutzungserlaubnis nach Durchführung eines transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahrens. Das Auswahlverfahren wird als Interessenbekundungsverfahren durchgeführt.

Gegenstand des Verfahrens: Zur Verfügung gestellt werden Zahl Stellplätze zur Bereitstellung von stationsbasierten Carsharing-Fahrzeugen im Gemeindegebiet der Gemeinde Name. Die Stellplätze werden mittels straßenverkehrsrechtlicher Sondernutzungsgenehmigung für Carsharing-Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Die Flächen befinden sich im öffentlichen Straßenraum. Die Stellplätze werden in einem transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren einzeln und stellplatzscharf einem oder mehreren interessierten Carsharing-Anbietern zugeteilt.

Rechtsgrundlage: Landescarsharinggesetz oder Carsharing-Paragraph im jeweiligen Straßen- und Wegegesetz des Bundeslandes

Ziele: Die Gemeinde möchte das stationsbasierte Carsharing-Angebot auf ihrem Gebiet als ergänzenden Baustein des Umweltverbunds ausbauen. Ziel dieser Maßnahme ist es, den motorisierten Individualverkehr und den privaten Pkw-Besitz zu reduzieren, die multimodale Verkehrsmittelnutzung zu fördern und die Luftqualität zu verbessern.

Kund*innen stationsbasierter Carsharing-Angebote schaffen laut übereinstimmender Aussage verschiedener verkehrswissenschaftlicher Studien in hohem Umfang eigene Pkw ab und nutzen

primär Verkehrsmittel des Umweltverbunds. Lediglich für einzelne Fahrten und Wegezwecke benötigen sie die verlässliche Möglichkeit, auf ein gut erreichbares Carsharing-Fahrzeug zugreifen zu können.

Die Gemeinde betrachtet stationsbasiertes Carsharing als sinnvolle Ergänzung des Umweltverbunds. Für Fahrten zu Zielen, die mit dem ÖPNV oder dem Rad nicht gut erreicht werden können, sollen Bürgerinnen und Bürger unkompliziert und möglichst wohnungsnah auf ein Carsharing-Fahrzeug zugreifen können.

Durch die sichtbare und werbewirksame Einrichtung der Carsharing-Stationen im öffentlichen Raum sollen Bürgerinnen und Bürger auf das Angebot aufmerksam gemacht werden.

Derzeit finden sich im Gebiet der Gemeinde bereits folgende Anbieter von Carsharing:

- Name Anbieter 1 (XX Standorte / XX Fahrzeuge)
- Name Anbieter 2 (XX Standorte / XX Fahrzeuge)

Die Zuteilung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum soll vor allem einer Verdichtung und Ausweitung des bestehenden Angebots dienen.

Obenstehender, gelb markierter Text entfällt, falls keine Angebote vorhanden sind.

3. Beschreibung der Stellplätze

Insgesamt werden im Gemeindegebiet maximal **XX** öffentliche Stellplätze an **XX** Standorten für Carsharing (Carsharing-Stationen) zur Verfügung gestellt. Alle Flächen befinden sich in Zuständigkeit der Gemeinde. Die Stellplätze liegen im öffentlichen Straßenraum. Die genaue Lage und Beschreibung der Stellplätze können der Anlage 1 entnommen werden.

Zusätzliche Regelung für A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

Die Gemeinde hat die Stellplätze als A- und B-Lagen qualifiziert. An Stellplätzen in A-Lagen ist eine hohe Carsharing-Nachfrage bereits vorhanden oder zu erwarten. An Stellplätzen in B-Lagen wird das Carsharing hingegen in einer drei- bis fünfjährigen Anlaufphase nicht oder nur knapp wirtschaftlich betrieben werden können. Gleichwohl hält es die Gemeinde zur Förderung der nachhaltigen Mobilität für geboten, auch in B-Lagen ein Carsharing-Angebot zu schaffen, um perspektivisch auch dort eine Nachfrage zu generieren. Im Auswahlverfahren müssen interessierte Carsharing-Anbieter daher pro drei Stellplätze in A-Lage, für die sie ihr Interesse bekunden, auch für mindestens einen Stellplatz in B-Lage ihr Interesse bekunden (Schlüssel der A- und B-Lagen = 5:1). Es besteht keine Pflicht, sich auf alle Stellplätze im Verfahren zu bewerben, im Falle von Interessenbekundungen ist der Schlüssel jedoch zu beachten.

Hinweis: Zur Bestimmung der A- und B-Lagen empfiehlt der bcs, unbedingt eine vorgelagerte Markterkundung durchzuführen. Diese dient dazu, genauere Informationen über Lagequalitäten aus Sicht des Carsharing zu ermitteln. Die Markterkundung muss mindestens Gespräche mit allen vor Ort tätigen Carsharing-Anbietern beinhalten. Weitere Hinweise zur Markterkundung gibt der bcs-Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“.

Achtung: Bei Einführung einer Betriebspflicht ist das Verfahren vergaberechtlich stets als Konzessionsvergabe zu bewerten. Bei einem Auftragswert von über 5 Mio. Euro sind die

Vorgaben der Europäischen Union zur Ausschreibung von Konzessionen zu beachten. Bei einem Auftragswert unterhalb dieser Grenze sind die entsprechenden vergaberechtlichen Vorgaben im Landesrecht zu beachten. Diese Vorlage muss in diesen Fällen entsprechend der Vorgaben der jeweiligen Rechtsgrundlage verändert oder ergänzt werden. Dafür empfehlen wir die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts. Für Hinweise zur Bestimmung des Auftragswertes können Sie den bcs-Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“ konsultieren.

4. Beginn und Dauer der Sondernutzung

Die Stellplätze werden für **acht** Jahre vergeben. Starttermin für alle Sondernutzungen ist einheitlich der **Datum**. Nach Ablauf der Nutzungsdauer müssen die Stellplätze in einem transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren neu vergeben werden. Eine erneute Zuteilung im Rahmen eines neuen Verfahrens an den bisherigen Inhaber der Sondernutzung ist möglich. Ein Anspruch auf erneute Zuteilung besteht nicht.

5. Sondernutzungsgebühren und Kosten

Für die Nutzung der Stellplätze fällt eine monatliche Gebühr an, die vom nutzenden Carsharing-Anbieter an die Gemeinde zu zahlen ist. Diese beträgt **xx** Euro pro Monat je genutztem Stellplatz.

Alternative Regelung für A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

Für die Nutzung der Stellplätze fällt eine monatliche Gebühr an, die vom nutzenden Carsharing-Anbieter an die Gemeinde zu zahlen ist. Diese beträgt

- für die Standorte in A-Lagen **xx** Euro pro Monat je genutztem Stellplatz.
- für Standorte in B-Lagen **xx** Euro pro Monat je genutztem Stellplatz.

Darüber hinaus ist pro Stellplatz eine einmalige Verwaltungsgebühr für das Ausstellen der Sondernutzungserlaubnis zu zahlen. Diese beträgt **xx Euro** pro Stellplatz, für den eine Genehmigung erteilt wird.

Hinweis: Die Gebührenhöhe kann sich an folgenden Überlegungen orientieren:

- Das Carsharing soll nach übereinstimmender Auffassung der Rechtsgrundlagen durch Stellplätze im öffentlichen Raum gefördert werden. Dies spricht für niedrige Gebühren.
- Es bestehen keine generellen beihilferechtlichen Bedenken gegen niedrige Gebühren. Maßgeblich für beihilferechtliche Fragen ist, ob das Verteilungsverfahren für Stellplätze so gestaltet ist, dass alle interessierten Carsharing-Anbieter im Prinzip auch in den Genuss von Stellplätzen mit niedrigen Gebühren kommen konnten. Dass ist in einem Verteilungsverfahren auf Basis dieser Muster-Bekanntmachung gewährleistet.
- Falls die Gemeinde das Verfahren zu einer Auswahl nur eines von mehreren interessierten Anbietern macht, dann muss sie darauf achten, dass die Gebühren für die von ihr verteilten Stellplätze sich an den Kosten für die Anmietung von Carsharing-Stellplätzen im privaten Raum in vergleichbarer Lage orientieren. Informationen darüber können durch eine Markterkundung gewonnen werden.

Vor dem geschilderten Hintergrund gibt der Bundesverband Carsharing e.V. (bcs) die folgenden konkreten Hinweise zur Gebührenhöhe in kleinen Städten und Gemeinden sowie in nachfrageschwachen Lagen:

- Einmalige Verwaltungsgebühr pro Stellplatz zwischen 0 und 11 Euro (auf eine Verwaltungsgebühr kann aus Gründen der Förderung verzichtet werden)

- Monatliche Gebührenhöhe pro Stellplatz: 1 bis 15 Euro
- Monatliche Gebühren pro Stellplatz, sofern darauf batterieelektrische Fahrzeuge bereitgestellt werden: 50 Prozent des normalen Stellplatzpreises

In größeren Gemeinden und an Standorten mit starker Carsharing-Nachfrage werden die Gebührenhöhen von diesen Vorschlägen in der Tendenz nach oben abweichen. Eine niedrige Gebühr ist unter Fördergesichtspunkten aber auch dort möglich und zulässig.

Durch die Gemeinde und auf deren Kosten erfolgt

- die Beschaffung, Aufstellen und Unterhalt der amtlichen Verkehrszeichen (314, 314.1 oder 315 sowie Zusatzzeichen 1010-70 und Zusatzzeichen mit dem Namen des Carsharing-Unternehmens),
- die Kennzeichnung der Stellflächen durch Bodenmarkierung sowie deren Umrandung.

Der gelb markierte Satz entfällt, sofern eine solche Markierung nicht vorgesehen ist.

Darüber hinaus liegen insbesondere folgende Kosten in finanzieller Zuständigkeit des Carsharing-Anbieters, der die Sondernutzungserlaubnis erhält:

- Beschaffung und Anbringen der die amtliche Beschilderung ergänzenden nicht-amtlicher Beschilderung gemäß Anlage 2,
- Aufstellen und Unterhalt eventueller baulicher Anlagen (z. B. Schlüsseltresor, Vorrichtung zur Abwehr von Falschparkern) einschließlich Verkabelung, Zuleitung und aller damit verbundenen Baumaßnahmen,
- Reinigung der Stellplätze, für die eine Sondernutzungsgenehmigung besteht, inkl. Winterräumdienst (keine bauliche Instandhaltung).

6. Nebenbestimmungen der Sondernutzungserlaubnis

Die Gemeinde regelt die Sondernutzungserlaubnis ergänzend mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag. Dieser liegt dieser Bekanntmachung als Anlage 3 bei. Der Abschluss des Vertrags ist im Falle der Gewährung einer Sondernutzung durch die Gemeinde zwingend. Nichtunterzeichnung oder Kündigung durch den Carsharing-Anbieter führt automatisch zum Widerruf der Sondernutzungserlaubnis. Der öffentlich-rechtliche Vertrag wird einmalig zwischen der Gemeinde und einem Carsharing-Anbieter geschlossen und gilt für alle Sondernutzungserlaubnisse, die die Gemeinde dem Carsharing-Anbieter erteilt.

7. Widerrufsvorbehalt

Die Sondernutzungserlaubnis kann nach den gesetzlichen Bestimmungen widerrufen werden. Sie kann zudem widerrufen werden, wenn

- ein Carsharing-Anbieter die Zugangsvoraussetzungen zum Auswahlverfahren während der Laufzeit der Sondernutzungserlaubnis nicht mehr erfüllt.
- eine Fläche wegen eines vorrangigen öffentlichen Interesses anderweitig benötigt wird
- der begleitende öffentlich-rechtliche Vertrag durch einen Carsharing-Anbieter nicht unterzeichnet oder gekündigt wird.

Zusätzliche Regelung für A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

- ein Carsharing-Anbieter der vereinbarten Betriebspflicht auf den ihm zugeteilten Stellflächen nicht nachkommt.

8. Zugangsvoraussetzungen zum Verfahren

Carsharing-Anbieter, die am Verfahren teilnehmen wollen, müssen die Zugangsvoraussetzungen gemäß Anlage 5 zu dieser Bekanntmachung erfüllen. Die Einhaltung der Anforderung muss durch Eigenerklärung nachgewiesen werden (siehe Anlage 5).

9. Verfahren

Es handelt sich um ein Auswahlverfahren nach **Bezeichnung der Landesregelung** zur Erteilung einer Sondernutzungsgenehmigung für die Bereitstellung von Carsharing-Fahrzeugen auf dafür vorgesehenen, dem Anbieter zugeordneten Flächen auf öffentlichen Straßen. Wesentliches Merkmal ist ein diskriminierungsfreies und transparentes Auswahlverfahren. Die Gemeinde führt das Auswahlverfahren als Interessenbekundungsverfahren durch.

Carsharing-Anbieter können ihr Interesse an einer Sondernutzungsgenehmigung für einzelne, mehrere oder alle Flächen bekunden, die in der Anlage 1 beschrieben werden. Die Interessenbekundung erfolgt durch Vorlage einer verbindlichen Liste der gewünschten Stellplätze (bitte hierzu Anlage 7 ausfüllen) innerhalb der festgelegten Frist schriftlich bei der oben genannten Kontaktstelle.

Die Zuteilung der Stellplätze erfolgt in einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin an die zum Verfahren zugelassenen Carsharing-Anbieter. Der vor Ort-Termin findet als einmaliger Termin in den Räumlichkeiten der Gemeinde statt.

Im Vor-Ort-Termin werden die Stellplätze, für die nur ein Carsharing-Anbieter sein Interesse bekundet hat, diesem Anbieter zur Verfügung gestellt.

Stellplätze, für die mehr als ein Carsharing-Anbieter sein Interesse bekundet hat, werden im Vor-Ort-Termin im Draw-Verfahren verteilt. Das Draw-Verfahren läuft wie folgt ab:

Zunächst wird die Reihenfolge, in der die Carsharing-Anbieter Stellplätze auswählen dürfen, durch Los ausgewählt. Alle Carsharing-Anbieter dürfen dann in der ausgelosten Reihenfolge unter den noch nicht verteilten Stellplätzen einen Stellplatz wählen, der ihnen zur Verfügung gestellt wird, unabhängig davon, ob sie für diesen Stellplatz ursprünglich ihr Interesse bekundet haben oder nicht.

Jeder Carsharing-Anbieter darf jederzeit aus dem Draw-Prozess ausscheiden.

Zusätzliche Regelung A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

Ein Carsharing-Anbieter darf nur dann aus dem Draw-Prozess aussteigen und nur dann einen Stellplatz in A-Lage wählen, wenn mindestens **ein Drittel** (abgerundet) der ihm bereits zugeteilten Stellplätze in B-Lage liegen.

Die Frage, wie viele B-Lagen für ein Carsharing-Unternehmen tragbar sind, lässt sich nicht pauschal beantworten. Sie richtet sich stark danach, wie viel Nachfrage in den A-Lagen zu erwarten ist und wie hoch die Querfinanzierungsmöglichkeiten von A- zu B-Lagen sind. Die

Angabe „ein Drittel“ kann durch eine andere Angabe ausgetauscht werden, die ein moderates Verhältnis von A- und B-Lagen vorsehen (ein Viertel, ein Fünftel).

Es wird so lange reihum gewählt, bis alle Stellplätze verteilt oder alle Carsharing-Anbieter ausgeschieden sind.

Die Gemeinde hält

- die Reihenfolge, in der die Carsharing-Anbieter Stellplätze auswählen dürfen,
- die Auswahlentscheidungen der Carsharing-Anbieter in der Reihenfolge, in der sie getätigt werden,
- etwaige Entscheidungen der Carsharing-Anbieter, aus dem Verfahren auszuscheiden, und
- auf Wunsch der Carsharing-Anbieter aufzunehmende Protokollnotizen

in einem schriftlichen Protokoll fest.

Der Vor-Ort-Termin wird anschließend von der Gemeinde abgeschlossen. Sodann können die Vertreter*innen der Carsharing-Anbieter das Protokoll durch Unterschrift bestätigen. Die Unterschrift wird von der Gemeinde zugleich als Antrag auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis für alle einem Carsharing-Anbieter im Verfahren zugeteilten Flächen gewertet.

Der Vor-Ort-Termin findet am **Datum** um **Uhrzeit** an folgendem Ort statt: **Adresse/Raumnummer etc.**

Carsharing-Anbieter müssen zum Vor-Ort-Termin einen bevollmächtigten Vertreter für ihre Organisation entsenden. Pro Anbieter kann nur ein Bevollmächtigter benannt und zum Vor-Ort-Termin entsandt werden. Der Bevollmächtigte ist vorab schriftlich zur Teilnahme am Vor-Ort-Termin anzumelden. Die Bevollmächtigung ist zusammen mit der schriftlichen Anmeldung in geeigneter Form nachzuweisen. Dies kann beispielsweise durch Kopie des Handels- oder Vereinsregister-Auszugs und Kopie des Personalausweises oder Kopie einer rechtsgültigen Vollmacht eines entscheidungsbefugten Bevollmächtigten des Carsharing-Anbieters geschehen. Ohne vorherige schriftliche Anmeldung und Einreichung der entsprechenden Bevollmächtigungsnachweise ist eine Teilnahme am Vor-Ort-Termin nicht möglich. Die Bevollmächtigungsnachweise müssen zum Vor-Ort-Termin im Original vorliegen.

Carsharing-Anbieter können sich für die Teilnahme am Verfahren bewerben, indem sie bis zum Stichtag **Datum, Uhrzeit** folgende Unterlagen schriftlich bei der o.g. Kontaktstelle für das Verfahren einreichen:

- Vollständig ausgefüllter Auskunftsbogen zum Carsharing-Angebot (Anlage 4)
- Kopie des Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister-Auszugs
- Eigenerklärung über die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen zum Verfahren (Anlage 5) inklusive der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Tarifordnung des Carsharing-Angebots
- Schriftliche Anmeldung zum Vor-Ort-Termin (Anlage 6) inklusive Bevollmächtigungsnachweise

- Interessenbekundung für die zuzuteilenden Stellplätze (Anlage 7)

Bitte reichen Sie die erforderlichen Unterlagen ausschließlich per Post und in einem verschlossenen Umschlag an die o.g. Kontaktstelle unter Angabe des angegebenen Vorgangs/Aktenzeichens ein. Unvollständige Unterlagen führen zum Ausschluss von der Teilnahme am Verfahren.

Unterlagen, die beim Bewerber verbleiben und von diesem zu beachten sind:

- Öffentliche Bekanntmachung (dieses Dokument)
- Standort-Übersichtsplan und Standort-Steckbriefe (Anlage 1)
- Muster des öffentlich-rechtlichen Vertrags (Anlage 3)

10. Hinweis- und Erkundigungspflicht

Enthalten die veröffentlichten Unterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, deren Klärung für das weitere Verfahren wesentlich ist (z. B. nicht hinreichend beschriebene Anforderungen, sich widersprechende Angaben in den Unterlagen), hat der Bewerber die Gemeinde unverzüglich und in jedem Falle vor dem Ablauf der Frist zur Interessenbekundung darauf hinzuweisen.

Der Bewerber hat sich vor Abgabe seiner Interessenbekundung bei der Gemeinde über alle Umstände zu erkundigen, welche für die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen, den Verfahrensablauf und die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis bedeutsam sein können und aus seiner Sicht in dieser Bekanntmachung nicht oder nicht ausreichend beschrieben worden sind. Fragen oder Hinweise sind ausschließlich per E-Mail an die unter „Kontaktdaten“ angegebene E-Mailadresse zu senden.

11. Zeitplan

Hinweis: Viele Landesregelungen für die Verteilung von Carsharing-Stellplätzen machen zwingende Vorgaben zu Entscheidungsfristen. Diese sind bei der Aufstellung des Zeitplans zu beachten.

Tag der Bekanntmachung	Datum
Spätester Termin für die Einreichung der Unterlagen	Datum und Uhrzeit
Prüfung und Bewertung der eingereichten Unterlagen	bis Datum
Benachrichtigung der abgelehnten Bewerber	bis Datum
Benachrichtigung der Teilnehmenden am Vor-Ort-Termin,	bis Datum
Vor-Ort-Termin Ort: Postadresse, Raumnummer etc.	Datum und Uhrzeit
Verkehrsrechtliche Anordnung und bauliche Umsetzung StVO-konformer Beschilderung sowie farblicher Markierung der Bodenflächen	Datum
Beginn der Sondernutzungserlaubnis für die Stellplätze	Datum

Anlagen

Anlage 1

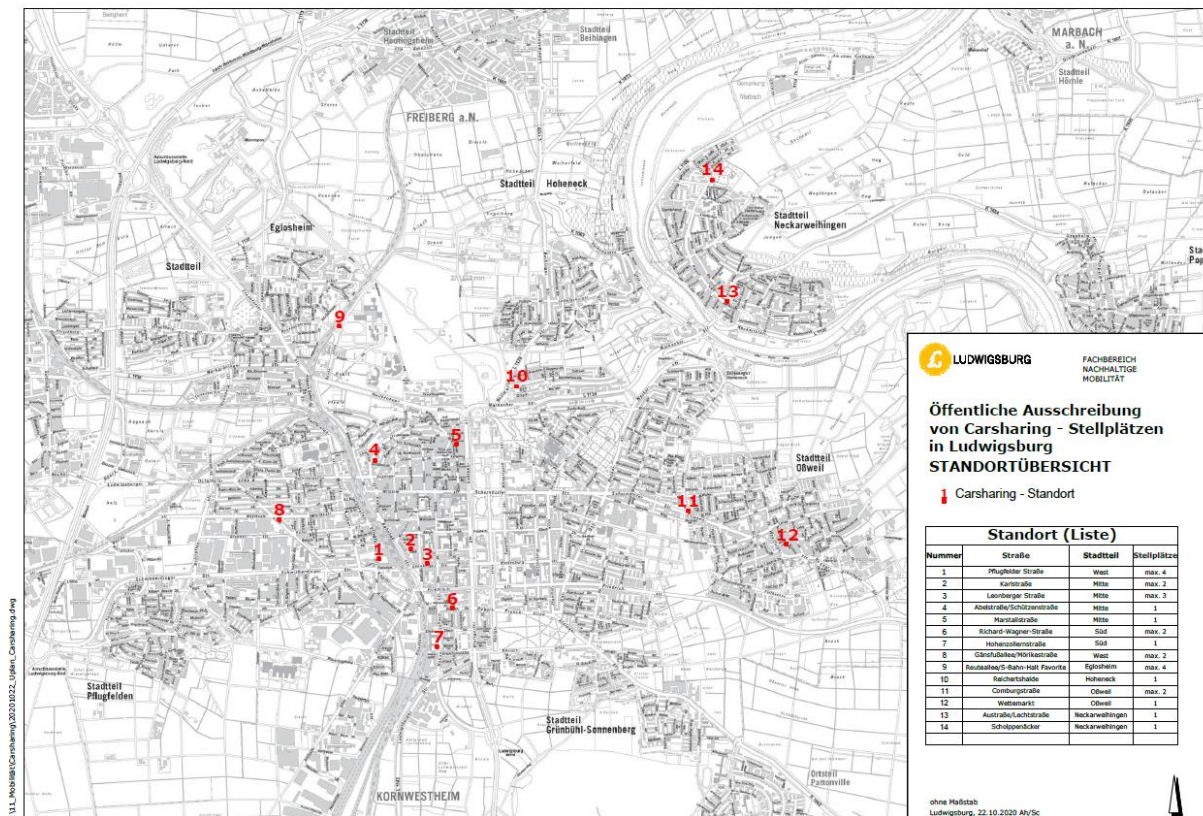
Abgebildet ist ein Beispiel der Gemeinde Ludwigsburg für die Bestimmung der Stellplätze.

Hinweis: Kommunale Verwaltungen haben oft keine genaue Kenntnis davon, welches die guten und schlechten Lagen für Carsharing-Stationen sind, welche Quartiere welches Potenzial zur Gewinnung neuer Carsharing-Kund*innen aufweisen oder wo die Knappheit von Stellplätzen im privaten Raum den Ausbau des bestehenden Carsharing-Angebots und die Befriedigung einer bereits bestehenden Nachfrage behindert. Diese Fragen werden aber bedeutsam, wenn die Verwaltung die räumliche Verteilung der Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum für das Zuteilungsverfahren bestimmen muss. Eine Markterkundung vor der Veröffentlichung der vorliegenden Bekanntmachung kann hier Abhilfe schaffen.

Im Rahmen der Markterkundung kann die Verwaltung Carsharing-Anbieter darum bitten, die vorliegende Anlage 1 aus ihrer Sicht auszufüllen. Dadurch kann die Flächenbestimmung deutlich vereinfacht werden. Wichtig für die Rechtssicherheit des Verfahrens ist, dass die Verwaltung die Vorschläge der Carsharing-Anbieter eigenständig auf Vereinbarkeit mit der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und den Belangen des ÖPNV prüft und ihren Standortplan nur solche Stellplätze übernimmt, die diese Prüfung bestanden haben.

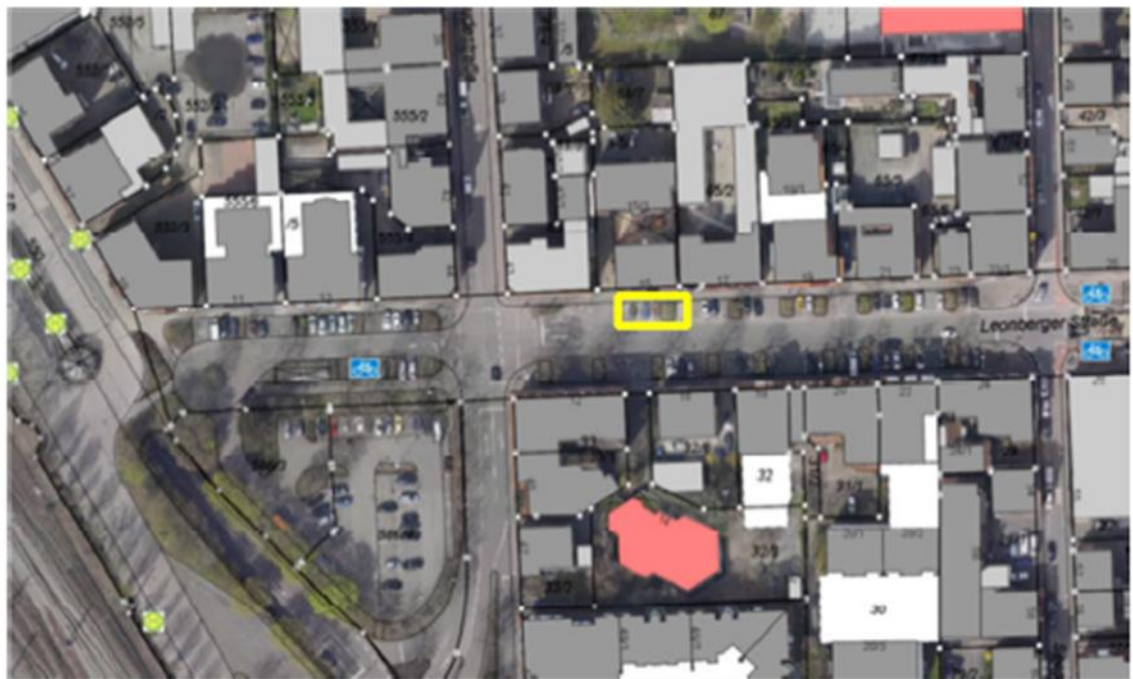
Weitere Hinweise zur Markterkundung finden Sie im bcs-Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“.

Standort-Übersichtsplan



Standort-Steckbriefe 1 bis n

Name der Station/des Standorts	
Zahl der Stellplätze	
Lage (Postanschrift)	
Qualität der Lage (A/B)	
Bemerkung	Beispiel: Die Station liegt in der Parkraumbewirtschaftung



Anlage 2 (Anlage C zum öffentlich-rechtlichen Vertrag)

Ergänzend zur amtlichen Beschilderung verwendete nicht-amtliche Beschilderung zugeordneter Carsharing-Stellplätze auf dem Gebiet der Gemeinde

Schild:



Anbringung: Die Anbringung der ergänzenden nicht-amtlichen Beschilderung erfolgt immer an den von der Gemeinde bereits aufgestellten Pfosten für die amtliche Beschilderung unterhalb der amtlichen Beschilderung.

Zuständigkeit: Die Aufstellung der Pfosten und das Anbringen der amtlichen Beschilderung übernimmt die Gemeinde auf eigenen Kosten. Für die Herstellung und das Anbringen der ergänzenden nicht-amtlichen Beschilderung auf seine Kosten ist der Carsharing-Anbieter verantwortlich, dem die Sondernutzung des jeweiligen amtlich beschilderten Stellplatzes genehmigt wurde.



Anlage 3

Muster des öffentlich-rechtlichen Vertrags

Sondernutzungsvertrag

über Stellplätze für stationsbasiertes Carsharing

zwischen

der **Name der Gemeinde**, vertreten durch **Bürgermeister etc.**,

dieser vertreten durch **Name der Behörde**,

diese vertreten durch den Behördenleiter, seinem allgemeinen Vertreter oder einen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat,

- im folgenden Gemeinde genannt -

und

Unternehmensname Carsharing-Anbieter

Anschrift Carsharing-Anbieter

- im folgenden Carsharing-Anbieter genannt -

Präambel

Das **Name der Rechtsgrundlage** erlaubt der Gemeinde, Flächen auf öffentlichen Straßen für stationsbasiertes Carsharing zur Verfügung zu stellen. Die von der Gemeinde bestimmten Flächen wurden im Wege eines diskriminierungsfreien und transparenten Auswahlverfahrens an Carsharing-Anbieter vergeben, die die gesetzlichen Anforderungen und die Vorgaben der Gemeinde erfüllen.

Für die Überlassung der öffentlichen Stellplätze ist die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis nach dem Landesstraßengesetz erforderlich; sie ist Gegenstand dieses Vertrages.

Weiterhin dient dieser Vertrag dazu, Regelungen zu treffen, welche die erteilte Sondernutzungserlaubnis begleiten.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Vertragsparteien:

§ 1 Gegenstand und Dauer des Vertrags

(1) Die Gemeinde gestattet dem Carsharing-Anbieter die ausschließliche Nutzung der ihm im Auswahlverfahren zugeteilten Stellplätze als Bereitstellungsorte für Carsharing gemäß **§ Rechtsgrundlage Landesrecht**. Die genauen Standorte sind in der als Anlage A beigefügten Liste aufgeführt (= Liste der überlassenen Stellplätze gemäß Verteilungsergebnis des Auswahlverfahrens, wie vom Carsharing-Anbieter und der Gemeinde im vor-Ort-Termin unterschrieben). Die Anlage wird Bestandteil dieses Vertrags.

(2) Die Sondernutzungserlaubnis beginnt pro Stellplatz mit dem Tag, an dem die Umsetzung der amtlichen Beschilderung durch die Gemeinde erfolgt ist und wird für **acht** Jahre erteilt. Als Tag der Umsetzung der amtlichen Beschilderung setzt die Gemeinde den **xx.xxx.xxxxx** fest.

Hinweis: Die Dauer der Sondernutzung für Carsharing ist in allen Rechtsgrundlagen auf maximal acht Jahre begrenzt. Kürzere Dauern sind möglich. Der Bundesverband CarSharing e.V. (bcs) empfiehlt im Regelfall, die maximale Dauer zu nutzen. Dies erhöht die Verlässlichkeit des bereitgestellten Carsharing-Angebots für die Nutzer*innen und senkt das Investitionsrisiko für den Anbieter. Weitere Hinweise finden Sie im bcs-Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“.

(3) Die Erlaubnis umfasst auch die Errichtung von baulichen Anlagen nach Maßgabe von §4 in diesem Vertrag.

§ 2 Pflichten des Carsharing-Anbieters

(1) Auf den Stellplätzen darf nur stationsbasiertes Carsharing im Sinne **§ Rechtsgrundlage Landesrecht** betrieben werden.

Wichtiger Hinweis: Einige landesrechtliche Regelungen enthalten nur eine Definition von Carsharing, nicht von stationsbasiertem Carsharing. In diesem Fall ist der obige Satz durch den folgenden zu ersetzen:

Auf den Stellplätzen darf nur stationsbasiertes Carsharing betrieben werden. Die Definition von Carsharing richtet sich nach (§ Rechtsgrundlage Landesrecht). Die Definition von stationsbasiertem Carsharing richtet sich nach § 2 Nr. 4 Carsharinggesetz des Bundes (CsgG).

(2) Der Carsharing-Anbieter übernimmt die Reinigung der Stellplätze sowie den Winterräumdienst ausschließlich für die im zur Verfügung gestellten Stellplätze.

(3) Der Carsharing-Anbieter bringt die gemäß Anlage 2 vereinbarte nicht-amtliche Beschilderung an den ihm zur Verfügung gestellten Stellplätzen spätestens 4 Wochen nach Beginn der Sondernutzungserlaubnis an den dafür bereitgestellten Anlagen an.

(4) Der Carsharing-Anbieter unterstützt eine von der Gemeinde in Auftrag gegebene Evaluation der verkehrsentlastenden Wirkung seines Carsharing-Angebots durch Einladung seiner Kund*innen zu einer Online-Befragung, sofern dem nicht im Einzelfall Gründe des Datenschutzes entgegenstehen.

(4) Der Carsharing-Anbieter ist verpflichtet, während der gesamten Dauer der Sondernutzungserlaubnis die Zugangskriterien zum Auswahlverfahren, das Grundlage der Sondernutzungserlaubnis war, zu erfüllen. Die Kriterien sind diesem Vertrag als Anlage B (= Anlage 5 der Bekanntmachung) beigefügt und werden Bestandteil dieses Vertrags.

Zusätzliche Regelung A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

(5) Während der Vertragslaufzeit ist der Carsharing-Anbieter verpflichtet, auf den in Anlage A bezeichneten Stellflächen Carsharing dauerhaft bereitzustellen (Betriebspflicht). Die Betriebspflicht gilt als erfüllt, wenn an mindestens **5.500 Stunden** im Jahr auf allen in Anlage A bezeichneten Stellplätzen ein Carsharing-Fahrzeug zur Buchung durch Endkund*innen

bereitgestellt wurde. Der Carsharing-Anbieter weist dies auf Anforderung der Gemeinde, jedoch nicht häufiger als einmal in 12 Monaten, durch Vorlage entsprechender Daten für das abgelaufene Jahr nach. Die zu liefernden Daten sind in Anlage B (= Anlage 5 der Bekanntmachung), Nr. 7 beschrieben.

(6) Die Betriebspflicht kann für einzelne Stellplätze auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Weist der Carsharing-Anbieter nach, dass ein auf einer Stellfläche laut Anlage A bereitgestelltes Carsharing-Fahrzeug nur durchschnittlich **100 Stunden pro Monat** oder weniger gebucht ist, so hat er Anspruch darauf, dass diese Stellfläche von der Betriebspflicht ausgenommen wird. Der Carsharing-Anbieter stellt einen entsprechenden Antrag in Textform frühestens **12 Monate** nach Beginn der Sondernutzungserlaubnis unter Vorlage der entsprechenden Auslastungsdaten. Die Gemeinde entscheidet über die Beendigung der Betriebspflicht spätestens **4 Wochen** nach Eingang eines entsprechenden Antrags.

Hinweis: Die obigen Zahlen für die nähere Bestimmung der Betriebspflicht hat der Bundesverband Carsharing e.V. (bcs) auf Grundlage von Rückmeldungen von verschiedenen Carsharing-Anbietern zur Tragbarkeit einer Betriebspflicht festgelegt. Andere Anforderungen und Entscheidungsfristen sind möglich. Dabei ist jedoch zu beachten:

- Eine Betriebspflicht beinhaltet insbesondere in nachfrageschwachen Lagen hohe betriebswirtschaftliche Risiken für den Carsharing-Anbieter und kann zum Verzicht auf eine Bewerbung auf entsprechende Stellplätze führen.
- Eine uneingeschränkte 365/24 Betriebspflicht ist unrealistisch, da Fahrzeuge, die etwa durch einen Unfall oder technischen Schaden überraschend nicht bereitgestellt werden können, manchmal nicht sofort ersetzbar sind.

Weitere Hinweise finden Sie im bcs-Leitfaden „Carsharing-Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum bringen“.

§ 3 Pflichten der Gemeinde

(1) Die nach der StVO vorgesehene amtliche Beschilderung der für den Carsharing-Anbieter reservierten Stellplätze (Verkehrszeichen 314 oder 314.1 oder 315 sowie Zusatzzeichen 1010-70 und Zusatzzeichen mit dem Namen des Carsharing-Unternehmens) **sowie die StVO-gemäße Bodenmarkierung der Stellplätze** wird die Gemeinde anordnen und auf eigene Kosten ausführen.

(2) Die Gemeinde wird im Rahmen ihres Ermessens die ordnungsgemäße Benutzung der Stellplätze durch entsprechende Kontrollen überprüfen und unerlaubte Parkvorgänge ggfs. ahnden. Die Gemeinde weist den Carsharing-Anbieter darauf hin, dass er auf Basis seiner Sondernutzungserlaubnis unerlaubt parkende Fahrzeuge auf den ihm zur Verfügung gestellten Flächen auf seine Kosten durch ein damit beauftragtes Fachunternehmen abschleppen lassen kann. Die hierfür entstehenden Kosten kann der Carsharing-Anbieter gegenüber dem Fahrzeughalter geltend machen.

(3) Bei Störung oder vorübergehendem Wegfall der Nutzungsmöglichkeit (z. B. bei Baumaßnahmen an der Straße, Verlegung von Versorgungsleitungen, Straßenschäden, Sperrung der Straße), die eine Dauer von einer Woche überschreitet, wird die Gemeinde dem Carsharing-Anbieter vorübergehend ersatzweise andere Stellplätze in der näheren Umgebung zur Verfügung stellen. Sofern möglich wird die Gemeinde den Carsharing-Anbieter rechtzeitig (möglichst mindestens 14 Tage vor Beginn) über den Wegfall der Nutzungsmöglichkeit informieren. Kann die Gemeinde keine Ersatzplätze anbieten,

entfällt die Pflicht zur Zahlung der Gebühren für die Zeit der fehlenden Nutzungsmöglichkeit. Bereits gezahlte Gebühren wird die Gemeinde anteilig zurückerstatten.

Zusätzliche Regelung A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

(4) Bei Störungen oder Wegfall der Nutzungsmöglichkeit entfällt die Betriebspflicht für die betreffenden Stellplätze mit sofortiger Wirkung. Die Betriebspflicht lebt 4 Wochen nach Beseitigung der Störung oder der Wiederherstellung der Nutzungsmöglichkeit wieder auf. Für (temporär) ersatzweise zur Verfügung gestellte Stellplätze gilt grundsätzlich keine Betriebspflicht.

§ 4 Bauliche Anlagen

(1) Bauliche Anlagen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 sind Anlagen, die zur Sicherung der Stellfläche gegen Falschparker, zur Unterstützung des Zugangs zum Carsharing-Fahrzeug oder zur nicht-amtlichen Kennzeichnung des Carsharing-Stellplatzes dienen.

(2) Bauliche Anlagen sind seitens des Carsharing-Anbieters zu beauftragen und durch ein Fachunternehmen zu errichten. Sie sind so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den gesetzlichen Vorschriften, den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen.

(3) Der Carsharing-Anbieter verpflichtet sich, die Errichtung von baulichen Anlagen so durchzuführen, dass der öffentliche Verkehr während Durchführung der Baumaßnahme nicht wesentlich gestört wird.

(4) Für die Errichtung von baulichen Anlagen und die Durchführung der entsprechenden Baumaßnahmen ist die Zustimmung der Straßenbaubehörde erforderlich. Sie ist bei der **Name der Behörde** einzuholen. Über die Erteilung oder Versagung der Zustimmung wird die zuständige Behörde möglichst in einem Zeitraum von vier Wochen entscheiden.

(5) Die baulichen Anlagen werden auf alleinige Verantwortung und Gefahr des Carsharing-Anbieters hergestellt und von ihm dauernd in ordnungsgemäßem, betriebs- und verkehrssicherem Zustand gehalten. Der Carsharing-Anbieter haftet für alle Schäden, die durch die Errichtung oder das Vorhandensein der baulichen Anlagen verursacht werden. Dies gilt nicht, wenn Dritte den Schaden verursachen.

(6) Der Carsharing-Anbieter verpflichtet sich, die Gemeinde von Ansprüchen Dritter, die aufgrund von Schäden, die durch die baulichen Anlagen oder bei deren Errichtung oder Beseitigung verursacht werden, bestehen, freizustellen. Die Gemeinde wird den Anbieter bei der Abwehr solcher Ansprüche mit allen ihr zur Verfügung stehenden und zumutbaren Mitteln unterstützen. Sie wird den Carsharing-Anbieter unverzüglich von etwaigen von Dritten geltend gemachten Ansprüchen in Kenntnis setzen. Auf Aufforderung des Carsharing-Anbieters hat die Gemeinde den Anspruch außergerichtlich und/oder gerichtlich abzuwehren, sofern ein solches Vorgehen nicht völlig aussichtslos erscheint. Die Kosten für Rechtsschutzverfahren (Gerichtskosten und etwaige Anwaltskosten) trägt der Carsharing-Anbieter, soweit die Kostenbelastung nicht aus in der Person oder im Verhalten der Gemeinde liegenden Gründen entsteht und die Auswahl sowie die Festlegung der Honorierung des die Gemeinde vertretenden Verfahrensbevollmächtigten im Einvernehmen mit dem Carsharing-Anbieter erfolgt ist. Der Carsharing-Anbieter wird sein Einvernehmen erklären, sofern der Verfahrensbevollmächtigte die für solche Verfahren erforderliche Kompetenz aufweist

und keine die Marktüblichkeit übersteigende Honorierung festgelegt ist. Die Gemeinde wird sich vorbehaltlich anderer Absprachen mit dem Carsharing-Anbieter aller Maßnahmen enthalten, die eine Abwehr der Ansprüche erschweren oder unmöglich machen.

(7) Für Schäden, die im Rahmen von Feuerwehr- oder Rettungseinsätzen an den baulichen Anlagen entstehen, haftet die Gemeinde nicht.

(8) Sofern vorübergehende Störungen und unvorhergesehene Ereignisse einen Rückbau oder eine Veränderung der baulichen Anlagen erforderlich machen, hat der Carsharing-Anbieter diese auf seine Kosten vorzunehmen.

(9) Nach Ablauf der Sondernutzungserlaubnis oder im Fall einer Kündigung dieses Vertrages hat der Carsharing-Anbieter alle baulichen Anlagen auf Aufforderung der Gemeinde und auf seine Kosten innerhalb von vier Wochen von den öffentlichen Straßen zu entfernen und die betroffene Fläche in ihren früheren ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Es entsteht kein Ersatzanspruch. Den Weisungen der Gemeinde ist hierbei Folge zu leisten. Kommt der Carsharing-Anbieter dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Gemeinde berechtigt, dass nach ihrem Ermessen Erforderliche auf Kosten des Carsharing-Anbieters zu veranlassen. Wird die Sicherheit des Verkehrs gefährdet, kann die Fristsetzung unterbleiben. Wenn die Fläche weiterhin als Bereitstellungsort für Carsharing verwendet werden soll, können die Parteien stattdessen vereinbaren, dass die baulichen Anlagen ganz oder teilweise belassen werden, um vom nächsten Anbieter verwendet zu werden.

§ 5 Nicht-amtliche Beschilderungen

(1) Die Gemeinde sieht zur besseren Kennzeichnung eine die amtliche Beschilderung ergänzende nicht-amtlichen Beschilderungen an Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum auf ihrem Gemeindegebiet vor. Die Gemeinde macht für diese nicht-amtliche Beschilderung einheitliche Gestaltungsvorgaben. Diese sind von den Carsharing-Anbietern verbindlich zu beachten. Die Gestaltungsvorgaben sind in Anlage C (= Anlage 2 der Bekanntmachung) zu diesem Vertrag beschrieben. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrages.

(2) Die Gemeinde behält sich vor, ihre Vorgaben für die nicht-amtliche Beschilderung von zugeordneten Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum anzupassen. Dies erfolgt in Abstimmung mit den Carsharing-Anbietern, die solche Stellplätze verwenden. Die finale Entscheidung trifft die Gemeinde. Werden Änderungen an den Gestaltungsvorgaben vorgenommen, so gelten sie ab dem Zeitpunkt der Einführung, jedoch nicht rückwirkend für die bereits bestehende nicht-amtliche Beschilderung.

(3) Voraussetzung für das Anbringen der nicht-amtlichen Beschilderung gemäß Anlage C (= Anlage 2 der Bekanntmachung) ist das Vorhandensein der amtlichen Beschilderung (Schilder und Pfosten). Diese Voraussetzung schafft die Gemeinde auf ihre Kosten. Herstellung und Anbringung der ergänzenden nicht-amtlichen Schilder besorgt der den Stellplatz nutzende Carsharing-Anbieter auf seine Kosten. Die Anbringung der nicht-amtlichen Beschilderung durch den Carsharing-Anbieter muss spätestens vier Wochen nach dem Beginn der Sondernutzung erfolgt sein.

§ 6 Ordentliche Kündigung

(1) Der Carsharing-Anbieter darf den Vertrag jederzeit mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(2) Für die Gemeinde ist die ordentliche Kündigung ausgeschlossen.

(3) Ersatzansprüche im Falle einer Kündigung sind ausgeschlossen.

§ 7 Außerordentliche Kündigung

(1) Die Gemeinde kann den Vertrag im Hinblick auf einzelne Stellplätze kündigen, soweit die Flächen wegen eines vorrangigen öffentlichen Interesses benötigt werden. Die Gemeinde wird möglichst versuchen, dem Anbieter Ersatzstellplätze anzubieten. Ein Anspruch auf Ersatzstellplätze besteht nicht.

(2) Gemeinde und Carsharing-Anbieter können diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung kündigen, falls ein wichtiger Grund vorliegt, der dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur Beendigung des Vertrages als nicht zumutbar erscheinen lässt. Ein wichtiger, die Kündigung der Gemeinde rechtfertigender Grund liegt insbesondere vor, wenn der Carsharing-Anbieter die Zugangsvoraussetzungen für die Teilnahme an dem Auswahlverfahren nicht oder nicht mehr erfüllt oder wenn Gründe des Gemeinwohls die Beendigung der Sondernutzung erfordern.

Zusätzliche Regelung A-/B-Lagen und Betriebspflicht:

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Carsharing-Anbieter seiner Betriebspflicht auf den ihm zur Verfügung gestellten Stellplätzen nicht im vereinbarten Umfang nachkommt oder er hierfür nicht die mit der Gemeinde vereinbarten Nachweise erbringt.

Die Gemeinde gibt dem Carsharing-Anbieter vor der beabsichtigten außerordentlichen Kündigung unter Angabe von Gründen Gelegenheit zur Mängelbehebung, wobei die Mängel, soweit Gefahr in Verzug ist, umgehend zu beheben sind, ansonsten längstens innerhalb von einem Monat seit Anzeige der Mängel.

(4) Die außerordentliche Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

(5) Ersatzansprüche im Falle einer außerordentlichen Kündigung sind ausgeschlossen.

(6) Bereits vorab an die Gemeinde gezahlte Sondernutzungsgebühren für Stellplätze, für die dieser Vertrag gekündigt wurde, werden an den Carsharing-Anbieter zurückerstattet. Die Rückerstattung erfolgt anteilig für alle Zeiträume, für die keine Sondernutzungsmöglichkeit mehr besteht.

§ 8 Kosten und Entgelte

(1) Die Kosten für Herstellung und Errichtung der notwendigen amtlichen Beschilderung und eine etwaige zusätzliche Bodenmarkierung des Stellplatzes trägt die Gemeinde.

(2) Die Kosten für die Herstellung und das Anbringen der ergänzenden nicht-amtlichen Beschilderungen gemäß § 5 sowie baulicher Anlagen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 trägt der Carsharing-Anbieter.

(3) Für die Erlaubnis, auf den öffentlichen Straßen Stellplätze exklusiv für Carsharing-Fahrzeuge nutzen zu dürfen, entrichtet der Carsharing-Anbieter für den Verwaltungsaufwand einmalig eine

Gebühr in Höhe von xx Euro pro Stellplatz. Ferner fällt für jeden Stellplatz eine monatliche Gebühr in Höhe von xx Euro an.

Falls A-/B-Lagen und Betriebspflicht vorgesehen sind ist § 8, Abs. 3 Satz 2 durch folgenden Satz zu ersetzen:

Ferner fällt eine monatliche Gebühr in Höhe von xx Euro für jeden Stellplatz in A-Lage gemäß Anlage A und in Höhe von xx Euro für jeden Stellplatz in B-Lage gemäß Anlage A an.

Für Stellplätze an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge reduziert sich die monatliche Gebühr auf eine Höhe von xx Euro pro Stellplatz, wenn dieser Stellplatz ausschließlich mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen (gemäß Begriffsbestimmung im Elektromobilitätsgesetz, EmoG) bewirtschaftet wird.

Falls A-/B-Lagen und Betriebspflicht vorgesehen sind ist § 8, Abs. 3 Satz 3 durch folgenden Satz zu ersetzen:

Für Stellplätze an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge reduziert sich die monatliche Gebühr für jeden Stellplatz in A-Lage gemäß Anlage A auf eine Höhe von xx Euro pro Stellplatz und in Höhe von xx Euro für jeden Stellplatz in B-Lage gemäß Anlage A an. Voraussetzung ist, dass diese Stellplätze ausschließlich mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen (gemäß Begriffsbestimmung im Elektromobilitätsgesetz, EmoG) bewirtschaftet wird.

(4) Die Gebühren sind erstmals zum yy.yy.yyyy auf das Konto xxxxxxxxxx unter Angabe des Vertragsgegenstandes für alle noch nicht angefangenen Monate des laufenden Jahres zu entrichten. Danach wird das Entgelt für die Stellplatznutzung jährlich im Vorhinein zum 01.01. fällig.

(5) Im Falle einer außerordentlichen Kündigung nach § 7, werden die im Vorhinein gezahlten Sondernutzungsgebühren anteilig zurückerstattet.

§ 9 Sofortige Vollstreckung

Der Carsharing-Anbieter unterwirft sich hinsichtlich der Zahlung der in § 8 vereinbarten Entgelte der sofortigen Vollstreckung gemäß § 61 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) (ggfs. an einschlägiges Landesrecht anpassen).

§ 10 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. AGB des Carsharing-Anbieters gelten nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.

(2) Die Abtretung von Rechten oder Ansprüchen des Carsharing-Anbieters aus diesem Vertrag ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gemeinde zulässig.

§ 11 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsungültig sein oder werden, sind sich die Gemeinde und der Carsharing-Anbieter darüber einig, dass die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt wird. Sie verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine dieser im wirtschaftlichen Erfolg gleichkommende Bestimmung zu ersetzen. Gleiches gilt für den Fall einer Regelungslücke.

Unterschriftfelder

Anlagen zum Vertrag

Anlage A: Liste der überlassenen Stellplätze gemäß Verteilungsergebnis des Auswahlverfahrens, wie vom Carsharing-Anbieter und der Gemeinde im vor-Ort-Termin unterschrieben

Anlage B: Eigenerklärung des Carsharing-Anbieters zur Erfüllung der Zugangskriterien zum Auswahlverfahren, wie im Verfahren abgegeben (= Anlage 5 der Bekanntmachung)

Anlage C: Gestaltungsvorgaben der Gemeinde für die nicht-amtliche Beschilderung (= Anlage 2 der Bekanntmachung)

Anlage 4

Auskunftsbogen zum Carsharing-Angebot

Angaben zum Unternehmen

Name des Unternehmens:

Name des Carsharing-Angebots (falls abweichend):

Postanschrift des Unternehmens (Hauptsitz):

Name und Postanschrift zuständige Niederlassung (falls zutreffend):

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister-Nr. (Auszug bitte in Kopie beifügen):

Angaben zum Carsharing-Angebot

Alle Angaben müssen mit Stand 01.01. des laufenden Jahres erfolgen.

Gründung (Jahr) des Carsharing-Angebots:	
Zahl der registrierten Fahrberechtigten:	
Zahl der im Carsharing eingesetzten Fahrzeuge:	
Zahl der Standorte (Carsharing-Stationen):	
...davon im Gebiet der Gemeinde:	
Die Buchung von Carsharing-Fahrzeugen ist über folgende Wege möglich (zutreffendes ankreuzen):	
über eine Website	<input type="checkbox"/>
per App	<input type="checkbox"/>
Telefonisch	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>

Ort, Datum

Unterschrift gesetzliche*r Vertreter*in des Carsharing-Anbieters

Anlage 5 (Anlage B zum öffentlich-rechtlichen Vertrag)

Eigenerklärung über die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen zum Verfahren

Bei der Zusammenstellung der untenstehenden Zugangsvoraussetzungen war das Ziel leitend, ein möglichst einfaches Verfahren zu beschreiben. Es wurden daher nur Zugangsvoraussetzungen aufgenommen, die keine oder nur wenige Prüfungen eingereichter Unterlagen erfordern. Andere und weitere als die hier aufgeführten Zugangskriterien sind möglich und können sinnvoll sein.

Wir kennzeichnen einige Zugangsvoraussetzungen als obligatorisch. Diese stellen sicher, dass der Anbieter stationsbasiertes Carsharing anbietet und dies bei seiner Interessenbekundung gegenüber der Gemeinde auch aktiv und verbindlich zusichert.

Ob weitere der untenstehende Zugangsvoraussetzungen obligatorisch sind oder bloß optional, bestimmen die Vorschriften in den jeweiligen Landesgesetzen. Grundsätzlich gilt:

- In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen können die Kommunen Eignungskriterien bestimmen, müssen dies aber nicht tun. Zuteilungsverfahren ganz ohne Zugangsvoraussetzungen sind zulässig.
- In Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein müssen die Kommunen für die Auswahl eines Carsharing-Anbieters mindestens Eignungskriterien festlegen, die definieren, ob der Anbieter „geeignet“ und „zuverlässig“ ist. In Berlin muss der nur Anbieter „zuverlässig“ sein. Wir machen dazu untenstehend Vorschläge.
- Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und das Saarland schreiben den Kommunen darüber hinaus vor, dass Eignungskriterien bestimmte inhaltliche Vorgaben erfüllen müssen. Für Einzelheiten ist das jeweilige Landesgesetz zu konsultieren. Wir machen untenstehend Vorschläge zu Themen, die in den Landesgesetzen genannt werden.

In Bundesländern ohne eigenes Landesgesetz zur Regelung der Sondernutzung für Carsharing ist die Verwendung der untenstehenden Zugangsvoraussetzungen nicht möglich. Hier gelten ausschließlich die allgemeinen Vorschriften zur Sondernutzung.

Für Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen sind die Eignungskriterien in der Anlage zum Carsharinggesetz des Bundes (CsgG) zu verwenden.

Name des Unternehmens:

Name des Carsharing-Angebots (falls abweichend):

Postanschrift (Hauptsitz):

Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister-Nr.

Wir geben hiermit die nachfolgenden Erklärungen ab:

Wir erfüllen die nachstehend aufgeführten Zugangsvoraussetzungen zum Zuteilungsverfahren (bitte Zutreffendes ankreuzen):

	Einhaltung der Carsharing-Definition (Verwendung obligatorisch)		
1.	Unser Carsharing-Angebot erfüllt die Definition für Carsharing in Paragraph und Absatz der Rechtsgrundlage im Landesrecht.	ja	nein
2.	Wir gewähren im Rahmen der vorhandenen Kapazität grundsätzlich jeder volljährigen Person mit einer für das entsprechende Kraftfahrzeug gültigen und	ja	nein

	vorgelegten Fahrerlaubnis diskriminierungsfrei eine Teilnahmeberechtigung für unser Carsharing-Angebot. Einschränkungen hinsichtlich der Dauer des Besitzes der Fahrerlaubnis, des Mindestalters sowie einer Bonitätsprüfung sind möglich.		
3.	<p>Unser Carsharing-Angebot erfüllt die folgenden Mindestanforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Fahrzeugbuchung, -abholung und -rückgabe ist für registrierte Teilnahmeberechtigte an 24 Stunden täglich möglich. Für die Buchung und den Zugang zu unseren Fahrzeugen benötigen registrierte Teilnahmeberechtigte keine weiteren Genehmigungen und keinen zusätzlichen Vertragsabschluss. Die Abrechnung der Nutzungskosten für unsere Fahrzeuge erfolgt in einem Zeit- oder Kilometertarif oder einer Mischform. Die Energiekosten der Nutzung (z.B. Kraftstoff, Strom) sind in den Tarifpreisen (Zeit- und/oder Kilometerpreisen) enthalten. Freikilometer werden Teilnahmeberechtigten nur für Wege für die Tank- und Batteriebeladung, für die Fahrzeugpflege oder im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen der Kundenbindung oder der Kundengewinnung gewährt. 	ja	nein
4.	Wir bieten stationsbasiertes Carsharing an. Das heißt: Unser Angebotsmodell beruht auf vorab reservierbaren Fahrzeugen und örtlich festgelegten Abhol- oder Rückgabestellen.	ja	nein
Zuverlässigkeit des Carsharing-Anbieters (Verwendung in einigen Bundesländern obligatorisch)			
5.	Die Wartung der von uns bereitgestellten Fahrzeuge wird regelmäßig, entsprechend den Herstellerempfehlungen durchgeführt.	ja	nein
6.	Wir versichern, dass wir bei der Erbringung von Carsharing-Dienstleistungen bisher nicht wiederholt in schwerwiegender Weise gegen Pflichten aus der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung verstoßen haben.	ja	nein
7.	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde für unser Unternehmen weder beantragt noch eröffnet. Ein Antrag auf Eröffnung eines solchen Verfahrens wurde auch nicht mangels Masse abgelehnt. Es liegt kein rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan für unser Unternehmen vor. Unser Unternehmen befindet sich nicht im Verfahren der Liquidation.	Ja	nein
8.	<p>Wir versichern,</p> <ul style="list-style-type: none"> dass keine Person, deren Verhalten uns als für die Leitung des Unternehmens verantwortlich Handelnder nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, wegen einer Straftat nach den in § 123 Abs. 1 GWB genannten strafrechtlichen Vorschriften oder vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten in den letzten 5 Jahren vor Interessenbekundung rechtskräftig verurteilt worden ist und dass gegen uns in diesem Zeitraum auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen einer derartigen Straftat festgesetzt worden ist und wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung stets ordnungsgemäß nachgekommen sind und Gegenteiliges in den letzten 5 Jahren vor Interessenbekundung weder durch eine rechtskräftige Gerichts- noch durch eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde. 	Ja	nein
Umweltwirkung/Luftschadstoffe/Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs Die Landesgesetze in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Saarland schreiben den Kommunen die Verwendung solcher Kriterien vor. Bremen definiert eigene Kriterien. In allen anderen Bundesländern sind solche Eignungskriterien optional.			

Durch Anwendung wird das Verfahren eine Konzessionsvergabe.																	
9.	Wir stellen auf den von der Gemeinde im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellten Stellplätzen nur schadstoffarme Fahrzeuge bereit, die die EG-Emissionsklasse Euro 6c oder besser aufweisen.	ja	nein														
10.	Teilnahmeberechtigte können unsere Fahrzeuge mindestens 14 Tage im Voraus buchen.	ja	nein														
11.	Kurzzeitnutzungen ab einer Stunde sind möglich, der Stundentarif überschreitet nicht 20 Prozent des Tagespreises.	ja	nein														
Qualitätsanforderungen an das Carsharing-Produkt In allen Bundesländern optional. Durch Anwendung wird das Verfahren eine Konzessionsvergabe.																	
12.	Wir gewährleisten einen deutschsprachigen Kundensupport.	Ja	nein														
Zusammenarbeit mit der Gemeinde Diese Zugangsvoraussetzung muss enthalten sein, wenn A-/B-Lagen und Betriebspflicht vorgesehen sind. Durch Anwendung wird das Verfahren eine Konzessionsvergabe.																	
13.	Wir verpflichten uns, der Gemeinde auf Anforderung, jedoch nicht häufiger, als einmal in 12 Monaten, eine Aufstellung der nachfolgenden Angebotsdaten in elektronischer Form zu liefern. Für Fahrzeuge auf Stellplätzen im öffentlichen Raum Stellplatz-genau:	ja	nein														
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%;">Stellplatz</th> <th style="width: 50%;">Buchbare Stunden*</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="2">Name der Station/des Standorts</td> </tr> <tr> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>n</td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2">Name der Station/des Standorts</td> </tr> <tr> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>n</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		Stellplatz	Buchbare Stunden*	Name der Station/des Standorts		1		n		Name der Station/des Standorts		1		n			
Stellplatz	Buchbare Stunden*																
Name der Station/des Standorts																	
1																	
n																	
Name der Station/des Standorts																	
1																	
n																	
*Buchbare Stunden = Stunden, die ein auf diesem Stellplatz bereitgestelltes Fahrzeug insgesamt für Kund*innen buchbar war.																	

Die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen gemäß der Nummern 1. bis 4. weisen wir durch die Vorlage der Vertragsbedingungen und Tarife für Endkund*innen nach. Diese sind der vorliegenden Erklärung in Papierversion beigelegt. Die Einhaltung der Zugangsvoraussetzungen gemäß der Nummern **5. bis 13.** versichern wir durch Unterschrift unter diese Erklärung.

Ort, Datum

Unterschrift gesetzliche*r Vertreter*in des Carsharing-Anbieters

Wichtiger Hinweis: Viele Kommunen definieren eigene Zugangs- oder Qualitätskriterien zusätzlich zu den oben benannten. Dadurch wird das Verfahren stets eine Konzessionsvergabe. Bei der Definition der Kriterien ist unbedingt zu beachten, dass

- die Transparenz des Verteilungsverfahrens gewahrt bleiben muss,
- keine unzumutbaren Kalkulationsrisiken für den Carsharing-Anbieter entstehen dürfen und
- die Form des vom Carsharing-Anbieter zu erbringenden Nachweises genau beschrieben werden muss.

Geschieht dies nicht, kann das zur Anfechtbarkeit des Verfahrensergebnisses führen. Der Bundesverband Carsharing berät Kommunen zu einzelnen Kriterien.

In einigen Fällen verknüpfen Kommunen mit den zu erfüllenden Kriterien auch eine Punkte-Bewertung im Verteilungsverfahren. In diesem Fall müssen alle geforderten Kriterien so beschrieben sein, dass

- sie den obigen Anforderungen genügen und
- mit der jeweils zu vergebenden Punktzahl versehen sein.

Andernfalls ist die gesetzliche Anforderung an die Transparenz des Verfahrens nicht gewahrt. Das Verfahren der Punktebewertung muss in den Unterlagen zum Verfahren dokumentiert werden. Wegen der mit einer Punkte-Bewertung verbundenen erheblichen Komplexität raten wir davon ab, sofern ein möglichst einfaches Verfahren angestrebt wird.

Nachfolgend geben wir einige allgemeine Hinweise zu häufig benutzten Eignungskriterien:

- Bereitstellung von batterieelektrischen Fahrzeugen: Die Kommune muss sicherstellen, dass an den Carsharing-Stellplätzen, für die ein E-Fahrzeug gefordert wird, ein Netzanschluss vorhanden ist. Dieser muss dem Carsharing-Anbieter die Aufstellung einer Ladesäule oder Wallbox ermöglichen. Der Verweis auf Ladepunkte im direkten Umfeld der Carsharing-Station ist nicht ausreichend, da diese nicht in den Betriebsablauf des Anbieters integrierbar sind. Die Konzessionsvergabe würden den Carsharing-Anbietern ein unzumutbares Kalkulationsrisiko für die Erbringung ihrer Leistung aufbürden. Bestandteil der Konzessionsbedingungen darf auch nicht sein, dass der Carsharing-Anbieter den Netzanschluss selbst herstellt, da dies Anbieter unzulässig diskriminiert, die diese sachfremde Vorleistung nicht erbringen können.
- Erbringung von Marketing-Leistungen zur Bewerbung der Stationen / des Carsharing-Angebots: Die Carsharing-Anbieter tun dies in der Regel ohnehin. Die Marketing-Maßnahmen können jedoch variieren, je nachdem ob der Anbieter vor Ort bereits bekannt ist oder neu mit einem Angebot startet. Wenn die die Kommune das Marketing zum Eignungskriterium macht, muss die gewünschte Leistung konkret beschrieben werden.
- Qualität des Carsharing-Angebots/des Kund*innen-Service/der Behandlung von Störungen im Betriebsablauf/der Lösung von Problemen mit falsch abgestellten Fahrzeugen: Die zu erbringenden Leistungen müssen einzeln und genau beschrieben sein.
- Kinder- und Familienfreundlichkeit des Carsharing-Angebots: Viele Carsharing-Anbieter haben standardmäßig Sitzerrhöhungen in den Fahrzeugen. Größere Kindersitze und Sitzschalen gehören hingegen nur selten zur Standardausrüstung, da sie zu viel Staufläche brauchen. In größeren Städten kann solche Ausrüstung oft bei Bedarf hinzugebucht werden, bei kleinen Carsharing-Angeboten in kleinen Städten und im ländlichen Raum ist das oft organisatorisch nicht umsetzbar. Kommunen sollten bereits in der Markterkundung ermitteln, welche Leistung die Carsharing-Anbieter vor Ort erbringen können.
- Integration des Carsharing-Angebots in externe IT-Systeme, zum Beispiel Mobility-as-Service-Apps oder Datenlieferungen an Datendrehscheiben: Diese Integration muss genau beschrieben werden. Die gewünschten Daten müssen einzeln und abschließend benannt werden, die Datennutzungsvereinbarung mit dem Datenempfänger muss bereits der Bekanntmachung beigelegt sein. Andernfalls entstünde ein unzumutbares Kalkulationsrisiko. Wird eine konkrete Datenschnittstelle gefordert, so muss bedacht werden, dass deren Erstellung beim Carsharing-Anbieter Kosten auslösen kann, die in der Regel die Gemeinde oder der Datenempfänger tragen muss. Andernfalls könnte eine verbotene Diskriminierung vorliegen.

Anlage 6

Schriftliche Anmeldung zum Vor-Ort-Termin

Anschrift der Gemeinde

Akten- oder Vorgangszeichens

Betreff: Anmeldung zum Vor-Ort-Termin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die

Name und Postanschrift des Carsharing-Anbieters

entsenden zu dem im Rahmen des Auswahlverfahrens vorgesehenen Vor-Ort-Termin den folgenden für unsere Organisation vertretungsberechtigte*n Bevollmächtigte*n:

- Vorname, Nachname:
- Wohnadresse laut Personalausweis:

Als Nachweise der Bevollmächtigung fügen wir bei:

- Kopie des Handels- oder Vereinsregister-Auszugs
- Kopie des Personalausweises der/des Bevollmächtigten (nicht erforderliche, personenbezogene Daten in den Dokumenten können geschwärzt werden)
- falls vertretungsberechtigte Personen laut Registerauszug und entsendete*r Bevollmächtigte*r nicht übereinstimmen: Kopie einer rechtsgültigen Vollmacht einer/eines entscheidungsbefugten Bevollmächtigten des Carsharing-Anbieters

Die genannten Unterlagen wird die/der Bevollmächtigte zum Vor-Ort-Termin im Original vorlegen. Uns ist bekannt, dass Nichterscheinen oder verspätetes Erscheinen zum Vor-Ort-Termin oder Unvollständigkeit der im Vor-Ort-Termin vorgelegten Bevollmächtigungsnachweise zum Ausschluss vom Auswahlverfahren führt.

Ort, Datum

Unterschrift gesetzliche*r Vertreter*in des Carsharing-Anbieters

Anlage 7

Interessenbekundung

Anschrift der Gemeinde

Akten- oder Vorgangszeichens

Betreff: Interessenbekundung für zugeordnete Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum (Sondernutzung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die

Name und Postanschrift des Carsharing-Anbieters

bekunden für die folgenden von Ihnen bezeichneten Stellplätze verbindlich unser Interesse zur Nutzung als Bereitstellungsfläche für Carsharing:

			bitte hier gewünschte Stellplätze einzeln (!) ankreuzen
Name Standort/Station		<u>A-/B-Lage</u>	
	Stellplatz 1		
	Stellplatz 2		
	Stellplatz n		
Name Standort/Station			
	Stellplatz 1		
	Stellplatz 2		
	Stellplatz n		

Ort, Datum

Unterschrift gesetzliche*r Vertreter*in des Carsharing-Anbieters

Anlage 8

Datenschutzerklärung

Standard-Einwilligungserklärung der Gemeinde für die Verarbeitung von personen- und unternehmensbezogenen Daten einfügen

Ort, Datum

Unterschrift gesetzliche*r Vertreter*in des Carsharing-Anbieters